EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 23.5.2022
COM(2022) 623 final

Empfehlung für eine

# EMPFEHLUNG DES RATES

## zum nationalen Reformprogramm Portugals 2022 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Portugals 2022

{SWD(2022) 623 final} - {SWD(2022) 640 final}

Empfehlung für eine

# EMPFEHLUNG DES RATES

## zum nationalen Reformprogramm Portugals 2022 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Portugals 2022

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 121 Absatz 2 und Artikel 148 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken[1], insbesondere auf Artikel 5 Absatz 2,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte[2], insbesondere auf Artikel 6 Absatz 1,

auf Empfehlung der Europäischen Kommission,

unter Berücksichtigung der Entschließungen des Europäischen Parlaments,

unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates,

nach Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Finanzausschusses,

nach Stellungnahme des Ausschusses für Sozialschutz,

nach Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaftspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität[3] trat am 19. Februar 2021 in Kraft. Im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität wird finanzielle Unterstützung für Reformen und Investitionen bereitgestellt und so für einen — durch die Union finanzierten — fiskalischen Impuls gesorgt. Die Fazilität trägt zur wirtschaftlichen Erholung und zur Durchführung nachhaltiger und wachstumsfördernder Reformen und Investitionen bei, die insbesondere auf die Förderung des ökologischen und des digitalen Wandels ausgerichtet sind und die Widerstandsfähigkeit und das Potenzialwachstum der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten stärken sollen. Sie wird außerdem mittel- und langfristig zur Stärkung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sowie zum Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Der maximale finanzielle Beitrag, der jedem Mitgliedstaat im Rahmen der Aufbau- und

[1] ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.
[2] ABl. L 306 vom 23.11.2011, S. 25.
[3] Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17).

Resilienzfazilität gewährt werden kann, wurde gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/241 am [XX] Juni 2022 angepasst.

(2) Am 24. November 2021 nahm die Kommission den Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum an, mit dem das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung 2022 eingeleitet wurde. Darin trug sie der im Mai 2021 auf dem Sozialgipfel von Porto bekräftigten gemeinsamen Verpflichtung Rechnung, die vom Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission am 17. November 2017 proklamierte europäische Säule sozialer Rechte weiter umzusetzen. Der Europäische Rat billigte die Prioritäten des Jahreswachstumsberichts 2022 am 25. März 2022. Am 24. November 2021 nahm die Kommission auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 auch den Warnmechanismus-Bericht an, in dem Portugal als einer der Mitgliedstaaten genannt wurde, für die eine eingehende Überprüfung[4] durchzuführen sei. Am selben Tag nahm die Kommission auch eine Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets an, die am 5. April 2022 vom Rat angenommen wurde, sowie den Vorschlag für den gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2022, in dem die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien sowie der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte analysiert werden und der am 14. März 2022 vom Rat angenommen wurde.

(3) Russlands Invasion der Ukraine, die unmittelbar nach der weltweiten Pandemie erfolgte, hat den geopolitischen und wirtschaftlichen Kontext erheblich verändert. Sie hat auch die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten in Mitleidenschaft gezogen, indem sie beispielsweise die Energie- und Lebensmittelpreise hat steigen lassen und die Wachstumsaussichten verschlechtert hat. Die höheren Energiepreise belasten insbesondere die finanziell schwachen Haushalte, die von Energiearmut bedroht sind oder bereits darunter leiden. Des Weiteren erlebt die EU einen beispiellosen Zustrom von Flüchtlingen aus der Ukraine. In diesem Zusammenhang kam am 4. März 2022 erstmals die Richtlinie über vorübergehenden Schutz zur Anwendung[5] und wurde aus der Ukraine vertriebenen Menschen das Aufenthaltsrecht in der EU sowie das Recht auf Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung, zum Arbeitsmarkt, zur Gesundheitsversorgung, zu Wohnungs- und Sozialleistungen gewährt.

(4) Angesichts der sich rasch wandelnden wirtschaftlichen und geopolitischen Lage wird im Rahmen des Europäischen Semesters im Jahr 2022 die umfassende Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik weitergeführt und gleichzeitig, wie im Jahreswachstumsbericht 2022 dargelegt, den Anforderungen an die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität Rechnung getragen. Die Durchführung der angenommenen Aufbau- und Resilienzpläne ist für die Verwirklichung der politischen Prioritäten im Rahmen des Europäischen Semesters von entscheidender Bedeutung, da von diesen Plänen alle oder zumindest wesentliche Teile der einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen aus den Jahren 2019 und 2020 erfasst werden. Die länderspezifischen Empfehlungen der Jahre 2019 und 2020 bleiben auch für die Aufbau- und Resilienzpläne, die gemäß den Artikeln 14, 18 und 21 der Verordnung (EU) 2021/241 überarbeitet, aktualisiert oder geändert werden, relevant; hinzu

[4] Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (ABl. L 306 vom 23.11.2011, S. 25).

[5] Durchführungsbeschluss (EU) 2022/382 des Rates vom 4. März 2022 zur Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms von Vertriebenen aus der Ukraine im Sinne des Artikels 5 der Richtlinie 2001/55/EG und zur Einführung eines vorübergehenden Schutzes (ABl. L 71 vom 4.3.2022, S. 1).

kommen gegebenenfalls weitere länderspezifische Empfehlungen, die bis zur Vorlage des geänderten Plans formuliert wurden.

(5) Die allgemeine Ausweichklausel ist seit März 2020 aktiviert.[6] In ihrer Mitteilung vom 3. März 2021[7] vertrat die Kommission die Auffassung, dass der Beschluss über die Deaktivierung oder weitere Anwendung der allgemeinen Ausweichklausel eine Gesamtbewertung der Wirtschaftslage darstellen sollte, wobei das Niveau der Wirtschaftstätigkeit in der EU oder im Euro-Währungsgebiet im Vergleich zum Vorkrisenniveau (Ende 2019) als zentrales quantitatives Kriterium zu betrachten sei. Die gestiegene Unsicherheit und starke Abwärtsrisiken bei den wirtschaftlichen Aussichten angesichts des Krieges in Europa, des beispiellosen Anstiegs der Energiepreise und der fortgesetzten Unregelmäßigkeiten in den Lieferketten rechtfertigen die Verlängerung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts bis einschließlich 2023.

(6) Im Einklang mit dem Ansatz in der Stellungnahme des Rates vom 18. Juni 2021 zum Stabilitätsprogramm 2021 wird der finanzpolitische Kurs derzeit am besten als Veränderung der Primärausgaben (ohne diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen) ohne durch die COVID-19-Krise bedingte befristete Sofortmaßnahmen und einschließlich der durch nicht rückzahlbare Hilfen (Zuschüsse) aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und aus anderen EU-Fonds finanzierten Ausgaben im Verhältnis zum mittelfristigen Potenzialwachstum gemessen.[8] Neben dem finanzpolitischen Gesamtkurs wird bei der Bewertung, ob die nationale Finanzpolitik vorsichtig ist und ihre Zusammensetzung eine nachhaltige Erholung begünstigt, die mit dem ökologischen und dem digitalen Wandel im Einklang steht, auch der Entwicklung der national finanzierten[9] laufenden Primärausgaben (ohne diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen und durch die COVID-19-Krise bedingte befristete Sofortmaßnahmen) und Investitionen Aufmerksamkeit geschenkt.

(7) Am 2. März 2022 nahm die Kommission eine Mitteilung mit allgemeinen Leitlinien für die Haushaltspolitik im Jahr 2023 an, mit der die Ausarbeitung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten unterstützt und somit die politische Koordinierung gestärkt werden soll.[10] Ausgehend von den makroökonomischen Aussichten in der Winterprognose 2022 stellte die Kommission fest, dass es angemessen wäre, 2023 von einem insgesamt stützenden finanzpolitischen Kurs der Jahre 2020-2022 zu einem weitgehend neutralen finanzpolitischen Kurs überzugehen, gleichzeitig aber die Bereitschaft zu erhalten, auf die sich weiterentwickelnde Wirtschaftslage zu reagieren. Die Kommission hielt fest, dass bei den haushaltspolitischen Empfehlungen für 2023 weiterhin zwischen den Mitgliedstaaten

---

6 Mitteilung der Kommission an den Rat über die Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Brüssel, (COM(2020) 123 final vom 20.3.2020).

7 Mitteilung der Kommission an den Rat – Ein Jahr nach dem Ausbruch von COVID-19 – die fiskalpolitische Reaktion, Brüssel, (COM(2021) 105 final vom 3.3.2021).

8 Bei den Schätzungen zum finanzpolitischen Kurs und seinen Komponenten in dieser Empfehlung handelt es sich um Schätzungen der Kommission, die auf den Annahmen beruhen, die der Frühjahrsprognose 2022 der Kommission zugrunde liegen. Die von der Kommission vorgenommenen Schätzungen des mittelfristigen Potenzialwachstums lassen die positiven Auswirkungen der im nationalen Aufbau- und Resilienzplan vorgesehenen Reformen unberücksichtigt, die dem Potenzialwachstum einen Schub verleihen könnten.

9 Nicht durch Zuschüsse aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und aus anderen EU-Fonds finanziert.

10 Mitteilung der Kommission an den Rat: Haushaltspolitische Leitlinien für 2023, Brüssel, (COM(2022) 85 final vom 2.3.2022).

differenziert und möglichen länderübergreifenden Spillover-Effekten Rechnung getragen werden sollte. Sie forderte die Mitgliedstaaten auf, diese Leitlinien in ihren Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen zu berücksichtigen. Die Kommission sicherte zu, die wirtschaftlichen Entwicklungen genau zu beobachten und ihre politischen Leitlinien bei Bedarf, spätestens jedoch im Rahmen des Frühjahrspakets des Europäischen Semesters Ende Mai 2022, anzupassen.

(8) Hinsichtlich der am 2. März 2022 vorgestellten haushaltspolitischen Leitlinien berücksichtigen die haushaltspolitischen Empfehlungen für 2023 die verschlechterten wirtschaftlichen Aussichten, die zunehmende Unsicherheit und weitere Abwärtsrisiken sowie die gegenüber der Winterprognose höhere Inflation. Vor diesem Hintergrund müssen im Rahmen der haushaltspolitischen Reaktion die öffentlichen Investitionen für den ökologischen und digitalen Wandel und die Energieversorgungssicherheit erhöht und die Kaufkraft finanziell besonders schwacher Haushalte gestützt werden, um durch gezielte und befristete Maßnahmen die Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise abzufedern und dazu beizutragen, den Inflationsdruck aus Zweitrundeneffekten zu begrenzen. Die Haushaltspolitik muss flexibel bleiben, damit sie sich an die sich rasch wandelnden Rahmenbedingungen anpassen kann, und sie muss nach Ländern differenziert werden, wobei die jeweilige Haushalts- und Wirtschaftslage – auch im Hinblick auf die Anfälligkeit für die Krise und den Zustrom von Vertriebenen aus der Ukraine – zu berücksichtigen ist.

(9) Am 22. April 2021 legte Portugal der Kommission gemäß Artikel 18 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/241 seinen nationalen Aufbau- und Resilienzplan vor. Gemäß Artikel 19 jener Verordnung hat die Kommission die Aufbau- und Resilienzpläne auf der Grundlage der in Anhang V der Verordnung enthaltenen Bewertungsleitlinien im Hinblick auf deren Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz bewertet. Am 13. Juli nahm der Rat den Durchführungsbeschluss zur Billigung der Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans Portugals[11] an. Die Freigabe der Tranchen erfolgt vorbehaltlich eines Beschlusses der Kommission nach Artikel 24 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2021/241, wonach Portugal in zufriedenstellender Weise die einschlägigen, im Durchführungsbeschluss des Rates festgelegten Etappenziele und Zielwerte erreicht hat. Eine zufriedenstellende Erfüllung setzt immer voraus, dass von zuvor erreichten Etappenzielen und Zielwerten nicht wieder abgewichen wurde.

(10) Am 29. April 2022 übermittelte Portugal sein nationales Reformprogramm 2022 und sein Stabilitätsprogramm 2022 nach der in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 festgelegten Frist. Um wechselseitigen Zusammenhängen Rechnung zu tragen, wurden beide Programme gleichzeitig bewertet. Im Einklang mit Artikel 27 der Verordnung (EU) 2021/241 wird im nationalen Reformprogramm 2022 auch der halbjährlichen Berichterstattung Portugals über die Fortschritte bei der Durchführung seines Aufbau- und Resilienzplans Rechnung getragen.

(11) Am 23. Mai 2022 veröffentlichte die Kommission den Länderbericht für Portugal 2022[12]. Darin werden die Fortschritte Portugals bei der Umsetzung der einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen des Rates der Jahre 2019, 2020 und 2021 bewertet und der Stand der Durchführung des Aufbau- und Resilienzplans Portugals anhand des Aufbau- und Resilienzscoreboards dargestellt. Basierend auf dieser Bewertung wird

[11] Durchführungsbeschluss des Rates vom 13. Juli 2021 zur Billigung der Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans Portugals (ST 10149/21+ ADD 1, REV 1).

[12] SWD(2022) 623 final.

im Länderbericht Handlungsbedarf in Bezug auf Herausforderungen aufgezeigt, die im Aufbau- und Resilienzplan nicht oder nur teilweise angegangen werden, und es werden neu entstandene und sich derzeit abzeichnende Herausforderungen, die sich beispielsweise aus Russlands Invasion der Ukraine ergeben, genannt. Ferner werden in dem Bericht die Fortschritte Portugals bei der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, bei der Verwirklichung der Kernziele der EU in den Bereichen Beschäftigung, Qualifikationen und Armutsbekämpfung sowie im Hinblick auf die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung bewertet.

(12) Die Kommission nahm eine eingehende Überprüfung nach Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 für Portugal vor, deren Ergebnisse am 23. Mai 2022 veröffentlicht wurden[13]. Die Kommission stellte in Portugal makroökonomische Ungleichgewichte fest. Vor dem Hintergrund eines geringen Produktivitätswachstums betreffen die Schwachstellen vor allem die hohe Auslandsverschuldung, eine hohe Verschuldung des Privatsektors und einen hohen gesamtstaatlichen Schuldenstand.

(13) Am 14. April 2022 legte Portugal eine neue Übersicht über die Haushaltsplanung 2022 vor. Eine vollständige Bewertung dieses Plans ist in einer Stellungnahme der Kommission gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 473/2013 vorzulegen.

(14) Am 20. Juli 2020 empfahl der Rat Portugal, im Einklang mit der allgemeinen Ausweichklausel in den Jahren 2020 und 2021 alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Pandemie wirksam zu bekämpfen, die Wirtschaft zu stützen und die anschließende Erholung zu fördern. Er empfahl Portugal ferner, sobald die wirtschaftlichen Bedingungen es zulassen, eine Haushaltspolitik zu verfolgen, die darauf abzielt, mittelfristig eine vorsichtige Haushaltslage zu erreichen und die Schuldentragfähigkeit zu gewährleisten, und gleichzeitig die Investitionen zu erhöhen. Den von Eurostat validierten Daten zufolge ging das gesamtstaatliche Defizit Portugals 2021 von 5,8 % des BIP im Jahr 2020 auf 2,8 % im Jahr 2021 zurück. Die fiskalpolitische Reaktion Portugals unterstützte 2021 die wirtschaftliche Erholung, während die befristeten Soforthilfemaßnahmen von 2,3 % des BIP im Jahr 2020 auf 2,2 % im Jahr 2021 zurückgingen. Die von Portugal 2021 getroffenen Maßnahmen stehen mit der Empfehlung des Rates vom 20. Juli 2020 in Einklang. Die von der Regierung in den Jahren 2020 und 2021 verabschiedeten diskretionären haushaltspolitischen Maßnahmen waren größtenteils befristet oder wurden durch Ausgleichsmaßnahmen kompensiert. Gleichzeitig wurden einige der von der Regierung im Zeitraum 2020 bis 2021 ergriffenen diskretionären Maßnahmen weder befristet noch durch Ausgleichsmaßnahmen kompensiert, hauptsächlich Gesundheitsausgaben, darunter für die Einstellung zusätzlicher Gesundheitsfachkräfte durch den nationalen Gesundheitsdienst zur Stärkung seiner Reaktionsfähigkeit. Nach den von Eurostat validierten Daten belief sich der gesamtstaatliche Schuldenstand 2021 auf 127,4 % des BIP.

(15) Das den Haushaltsprojektionen des Stabilitätsprogramms 2022 zugrunde liegende makroökonomische Szenario ist 2022 vorsichtig und in der Folge realistisch[14]. Die

---

13 SWD(2022) 637 final.

14 Stichtag für das Stabilitätsprogramm 2022, das der Kommission und dem Rat am 29. April 2022 vorgelegt wurde, war der 25. März 2022, an dem es dem nationalen Parlament vorgelegt wurde. Am 14. April 2022 übermittelte Portugal der Kommission und der Euro-Gruppe die Übersicht über die Haushaltsplanung 2022, die ein gegenüber dem Programm leicht aktualisiertes makroökonomisches Szenario für 2022 beinhaltet. Im Einzelnen enthält die Übersicht über die Haushaltsplanung 2022 eine leichte Abwärtskorrektur des realen BIP-Wachstums auf 4,9 % im Jahr 2022 (von 5,0 % im Programm)

Regierung geht von einem Wachstum des realen BIP um 5,0 % im Jahr 2022 und um 3,3 % im Jahr 2023 aus. Demgegenüber geht die Frühjahrsprognose 2022 der Kommission von einem stärkeren realen BIP-Wachstum von 5,8 % im Jahr 2022 und einem geringeren realen BIP-Wachstum von 2,7 % im Jahr 2023 aus. Die Differenz ist auf ein stärkeres Wachstum des privaten Verbrauchs und der Nettoausfuhren in der Prognose der Kommission für 2022 sowie auf ein geringeres Wachstum der Investitionen und der Nettoausfuhren im Jahr 2023 zurückzuführen. In ihrem Stabilitätsprogramm 2022 geht die Regierung davon aus, dass das öffentliche Gesamtdefizit 2022 auf 1,9 % des BIP und 2023 auf 0,7 % des BIP zurückgehen wird. Der Rückgang im Jahr 2022 ist in erster Linie auf das starke Wirtschaftswachstum und die Aufhebung der meisten pandemiebedingten Sofortmaßnahmen zurückzuführen. Dem Programm zufolge soll die gesamtstaatliche Schuldenquote 2022 auf 120,8 % sinken und 2023 weiter auf 115,4 % des BIP zurückgehen. Auf der Grundlage der zum Stichtag der Prognose bekannten politischen Maßnahmen geht die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2022 für die Jahre 2022 und 2023 von einem öffentlichen Defizit von 1,9 % bzw. 1,0 % des BIP aus. Dies steht im Einklang mit dem Defizit, das im Stabilitätsprogramm 2022 für das Jahr 2022 wurde, und dem für 2023 etwas höheren projizierten Defizit, was in erster Linie auf die höheren laufenden Ausgaben in der Prognose der Kommission für das letztgenannte Jahr zurückzuführen ist. Die Projektion der Frühjahrsprognose 2022 der Kommission geht von einer geringeren gesamtstaatlichen Schuldenquote von 119,9 % im Jahr 2022 und einer ähnlichen gesamtstaatlichen Schuldenquote von 115,3 % des BIP im Jahr 2023 aus. Der Unterschied im Jahr 2022 ist darauf zurückzuführen, dass in der Prognose der Kommission für 2022 ein höheres nominales BIP-Wachstum projiziert wird.

Auf Grundlage der Frühjahrsprognose 2022 der Kommission wird das mittelfristige Potenzialwachstum im Zehn-Jahres-Durchschnitt auf 1,5 % veranschlagt. Diese Schätzung lässt jedoch die Auswirkungen der im Aufbau- und Resilienzplan vorgesehenen Reformen unberücksichtigt, die dem Potenzialwachstum Portugals einen Schub verleihen können.

(16) 2022 ließ die Regierung die meisten in Reaktion auf die COVID-19-Krise ergriffenen Maßnahmen auslaufen, sodass mit einem Rückgang der befristeten Soforthilfemaßnahmen von 2,2 % des BIP im Jahr 2021 auf 0,7 % im Jahr 2022 gerechnet wird. Das öffentliche Defizit im Jahr 2022 wird durch die Maßnahmen belastet, die zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise ergriffen wurden; sie werden in der Frühjahrsprognose 2022 der Kommission auf 0,6 % des BIP im Jahr 2022 geschätzt und sollen 2023 vollständig auslaufen.[15] Bei diesen Maßnahmen handelt es sich hauptsächlich um soziale Transferleistungen für ärmere Haushalte, Kürzungen bei indirekten Steuern auf den Energieverbrauch und Zuschüsse für den Energieverbrauch. Sie sind laut Ankündigung befristet. Sollten die Energiepreise aber auch 2023 hoch bleiben, könnten einige dieser Maßnahmen fortgeführt werden. Manche dieser Maßnahmen sind nicht zielgerichtet, insbesondere die allgemeine Senkung der

---

und eine Aufwärtskorrektur der Verbraucherpreisinflation (HVPI) auf 4,0 % im selben Jahr (von 3,3 % im Programm). Trotz einer geringfügig unterschiedlichen Zusammensetzung der öffentlichen Finanzen wurde in der Übersicht über die Haushaltsplanung 2022 das Ziel für das gesamtstaatliche Defizit von 1,9 % des BIP für 2022 beibehalten.

15 Die Zahlen geben die Höhe der jährlichen Haushaltskosten für die seit Herbst 2021 ergriffenen Maßnahmen wieder, einschließlich laufender Einnahmen und Ausgaben sowie gegebenenfalls Investitionsausgaben.

Kraftstoffsteuer. Das öffentliche Defizit wird auch von den Kosten für die Gewährung vorübergehenden Schutzes für Vertriebene aus der Ukraine beeinflusst, die in der Frühjahrsprognose 2022 der Kommission auf 0,1 % des BIP für 2022 projiziert werden.[16]

(17) Am 18. Juni 2021 empfahl der Rat Portugal[17], im Jahr 2022 die Aufbau- und Resilienzfazilität zu nutzen, um zusätzliche Investitionen zur Unterstützung der Erholung zu finanzieren, und gleichzeitig eine vorsichtige Haushaltspolitik zu verfolgen. Auch die national finanzierten Investitionen sollte Portugal aufrechterhalten. Der Rat empfahl Portugal ferner, den Anstieg der national finanzierten laufenden Ausgaben zu begrenzen. Überdies empfahl er Portugal – wenn die wirtschaftlichen Bedingungen dies zulassen –, eine Haushaltspolitik zu verfolgen, die darauf abzielt, mittelfristig eine vorsichtige Haushaltslage zu erreichen und die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten und gleichzeitig zur Steigerung des Wachstumspotenzials die Investitionen zu erhöhen.

(18) Für 2022 wird auf der Grundlage der Frühjahrsprognose der Kommission 2022 unter Berücksichtigung der im Stabilitätsprogramm Portugals 2022 enthaltenen Informationen davon ausgegangen, dass der finanzpolitische Kurs laut Frühjahrsprognose 2022 der Kommission unterstützend bei -2,0 % des BIP liegen wird.[18] Portugal sieht weiterhin Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung der Erholung vor und beabsichtigt gemäß der Empfehlung des Rates, zusätzliche Investitionen mithilfe der Aufbau- und Resilienzfazilität zu finanzieren. Der positive Beitrag der durch Zuschüsse aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und andere EU-Mittel finanzierten Ausgaben zur Wirtschaftstätigkeit wird sich im Vergleich zu 2021 voraussichtlich um 0,5 BIP-Prozentpunkte erhöhen. Den Projektionen zufolge werden die national finanzierten Investitionen 2022 einen expansiven Beitrag von 0,2 BIP-Prozentpunkten zum finanzpolitischen Gesamtkurs leisten.[19] Daher plant Portugal, gemäß der Empfehlung des Rates national finanzierte Investitionen aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig wird erwartet, dass der Anstieg der national finanzierten laufenden Primärausgaben (ohne neue einnahmenseitige Maßnahmen) im Jahr 2022 einen expansiven Beitrag von 1,1 BIP-Prozentpunkten zum finanzpolitischen Gesamtkurs leisten wird. Dieser erhebliche expansive Beitrag umfasst die zusätzlichen Auswirkungen der Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise (0,6 % des BIP) sowie die Kosten für den vorübergehenden Schutz von Vertriebenen aus der Ukraine (0,1 % des BIP), während die steigenden Lohn- und Gehaltskosten im öffentlichen Sektor, alterungsbedingte Ausgaben und der Intermediärverbrauch weiter einen

---

16 Die Gesamtzahl der Flüchtlinge aus der Ukraine dürfte in der EU bis Ende 2022 allmählich die Marke von 6 Millionen erreichen. Ihre geografische Verteilung wird auf der Grundlage der Größe der bestehenden Diaspora, der relativen Bevölkerung des Aufnahmemitgliedstaats und der tatsächlichen Verteilung der Flüchtlinge aus der Ukraine in der gesamten EU ab März 2022 geschätzt. Für die Haushaltskosten pro Person basieren die Schätzungen auf dem Euromod-Mikrosimulationsmodell der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission, wobei sowohl etwaige zustehende Geldleistungen als auch Sachleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung berücksichtigt werden.

17 Empfehlung des Rates vom 18. Juni 2021 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Portugals 2021 (ABl. C 304 vom 29.7.2021, S. 102).

18 Ein negatives (positives) Vorzeichen des Indikators bedeutet, dass das Wachstum der Primärausgaben über (unter) dem mittelfristigen Wirtschaftswachstum liegt, was auf eine expansive (kontraktive) Haushaltspolitik hinweist.

19 Von sonstigen national finanzierten Investitionsausgaben wird ein expansiver Beitrag von 0,2 BIP-Prozentpunkten erwartet.

Aufwärtsdruck auf die laufenden Ausgaben ausüben dürften. Insbesondere dürfte der stärkere Anstieg der Verbraucherpreise im Vergleich zum BIP-Deflator auch den expansiven Beitrag der national finanzierten laufenden Primärausgaben zum finanzpolitischen Gesamtkurs im Jahr 2022 beeinflussen, da die Ausgaben für den staatlichen Konsum von Waren und Dienstleistungen steigen. Portugal dürfte den Anstieg der national finanzierten laufenden Ausgaben im Jahr 2022 weitgehend begrenzen, da der erhebliche expansive Beitrag der national finanzierten laufenden Ausgaben im Jahr 2022 hauptsächlich auf Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise sowie auf die Kosten für die Gewährung vorübergehenden Schutzes für Vertriebene aus der Ukraine zurückzuführen ist.

(19) Für 2023 wird der finanzpolitische Kurs in der Frühjahrsprognose 2022 der Kommission unter der Annahme einer unveränderten Politik mit 0,0 % des BIP veranschlagt.[20] Es wird davon ausgegangen, dass Portugal im Jahr 2023 weiterhin die Zuschüsse aus der Aufbau- und Resilienzfazilität nutzt, um zusätzliche Investitionen zur Unterstützung der Erholung zu finanzieren. Der positive Beitrag der durch Zuschüsse aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und andere EU-Mittel finanzierten Ausgaben zur Wirtschaftstätigkeit wird sich im Vergleich zu 2022 voraussichtlich um 0,2 BIP-Prozentpunkte erhöhen. Den Projektionen zufolge werden die national finanzierten Investitionen 2023 einen expansiven Beitrag von 0,3 Prozentpunkten zum finanzpolitischen Gesamtkurs leisten.[21] Gleichzeitig wird erwartet, dass der Anstieg der national finanzierten laufenden Primärausgaben (ohne neue einnahmenseitige Maßnahmen) im Jahr 2023 einen kontraktiven Beitrag von 0,7 BIP-Prozentpunkten zum finanzpolitischen Gesamtkurs leisten wird. Dabei sind auch die Auswirkungen des Auslaufens der Maßnahmen zur Bewältigung der gestiegenen Energiepreise (0,6 % des BIP) berücksichtigt. Gleichzeitig dürfte der stärkere Anstieg der Verbraucherpreise im Vergleich zum BIP-Deflator im Jahr 2022 auch den Beitrag der national finanzierten laufenden Primärausgaben zum finanzpolitischen Gesamtkurs im Jahr 2023 beeinflussen, da die Ausgaben für Renten und Sozialleistungen infolge der Indexierung steigen.

(20) Dem Stabilitätsprogramm 2022 zufolge soll das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2024 schrittweise auf 0,3 % des BIP zurückgehen und 2025 eine ausgeglichene Position erreichen. Daher soll das gesamtstaatliche Defizit während der Programmlaufzeit unter 3 % des BIP bleiben. Dem Programm zufolge soll die gesamtstaatliche Schuldenquote bis 2025 sinken, und zwar auf 109,8 % im Jahr 2024 und weiter auf 105,9 % im Jahr 2025. Nach Analyse der Kommission scheinen die Risiken für die Schuldentragfähigkeit mittelfristig hoch zu sein.

(21) Eine wachstumsfreundlichere Zusammensetzung der öffentlichen Finanzen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite des öffentlichen Haushalts würde die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Portugals unterstützen, die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern und zu einer inklusiven Erholung beitragen. Im Zusammenhang mit dem portugiesischen Steuersystem gibt es

[20] Ein negatives (positives) Vorzeichen des Indikators bedeutet, dass das Wachstum der Primärausgaben über (unter) dem mittelfristigen Wirtschaftswachstum liegt, was auf eine expansive (kontraktive) Haushaltspolitik hinweist.

[21] Von sonstigen national finanzierten Investitionsausgaben wird ein expansiver Beitrag von 0,2 BIP-Prozentpunkten erwartet.

Hinweise[22] darauf, dass das Steuer- und Sozialleistungssystem des Landes recht schwerfällig und nicht ausreichend transparent ist (es wurden mehr als 500 Steuervergünstigungen ermittelt, die in mehr als 60 Rechtstexten geregelt sind) und dass eine konsequente Überwachung und Bewertung der wirtschaftlichen Effizienz der Steuerausgaben von Vorteil wäre. Darüber hinaus wird die Struktur der Körperschaftsteuer durch staatliche und kommunale Zuschläge verkompliziert, was für die Steuerzahler zu Unübersichtlichkeit und für die Steuerverwaltung zu einer zusätzlichen Belastung führt. Die direkt an der Quelle einbehaltenen Steuern sind oft zu hoch, was zu umfangreichen Erstattungsansprüchen im Folgejahr führt. Die wiederkehrenden Kosten der Steuererhebung sind relativ hoch (2019 lagen sie rund 20 % höher als der Durchschnitt der EU-27), und die Investitionen der Steuerverwaltung in Informations- und Kommunikationstechnologien im Vergleich zum EU-Durchschnitt gering (mit 5,7 % der operativen Ausgaben der Steuerverwaltung im Jahr 2019 beliefen sie sich auf knapp die Hälfte des Durchschnitts der EU-27). Vor diesem Hintergrund würde die Erhöhung der Effizienz der Steuerverwaltungen dazu beitragen, die Fristen für Steuerzahlungen in Portugal und den hohen Umfang der Steuerrückstände (die Ende 2019 mit 37,1 % der gesamten Nettoeinnahmen zu den höchsten in der EU zählten) zu verringern. Was das portugiesische Sozialschutzsystem betrifft, so liegt die Wirksamkeit der sozialen Transferleistungen für die Verringerung von Armut und Ungleichverteilung unter dem EU-Durchschnitt. Insbesondere liegen die Mindesteinkommensleistungen bei nur 37,5 % der Armutsgrenze (EU: 58,9 %). Gleichzeitig scheint eine Vielzahl von Sozialleistungen ähnlichen Zielen zu dienen, was ebenfalls zu Unübersichtlichkeit führt. Die daraus resultierende Fragmentierung des Sozialschutzsystems führt zu relativ niedrigen Inanspruchnahmequoten und einer mangelnden wirksamen Fokussierung auf die Bedürftigsten, was den Deckungsgrad und letztlich die Angemessenheit der Sozialleistungen beeinträchtigt. In diesem Zusammenhang ist die Umsetzung der nationalen Strategie zur Armutsbekämpfung besonders wichtig.

(22) Nach den Kriterien des Artikels 19 Absatz 3 Buchstabe b und des Anhangs V Abschnitt 2.2 der Verordnung (EU) 2021/241 umfasst der Aufbau- und Resilienzplan eine Vielzahl sich gegenseitig verstärkender Reformen und Investitionen, die bis 2026 durchgeführt werden sollen. Diese tragen dazu bei, alle oder einen wesentlichen Teil der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu bewältigen, die der Rat in den Jahren 2019 und 2020 im Rahmen des Europäischen Semesters in seinen Empfehlungen an Portugal sowie gegebenenfalls in weiteren bis zur Annahme des Plans abgegebenen länderspezifischen Empfehlungen dargelegt hat. Der Plan fördert insbesondere Investitionen in den ökologischen und den digitalen Wandel. Die Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen und der finanziellen Tragfähigkeit staatseigener Unternehmen ist von zentraler Bedeutung für den Plan. Der Plan ist ehrgeizig in Bezug auf die Stärkung der Resilienz des Gesundheitssystems und die Verbesserung des Zugangs zu hochwertiger Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege. Er zielt darauf ab, das allgemeine Kompetenzniveau der Bevölkerung, einschließlich digitaler Kompetenzen für verschiedene Bevölkerungsgruppen, zu verbessern und das Berufsbildungsangebot zu stärken. Er umfasst erhebliche Investitionen zur Verbesserung der sozialen Dienstleistungen, unter anderem durch die Erhöhung des Angebots an sozialem und erschwinglichem Wohnraum. Mit dem Plan

[22] „Tax benefits in Portugal – concept, methodology and practice“, Working Group on Tax Benefits, Mai 2019.

werden einschlägige Maßnahmen eingeführt, um die Arbeitsmarktsegmentierung zu verringern und eine hochwertige Beschäftigung sowie die Erhaltung von Arbeitsplätzen zu fördern. Der Plan zielt in erheblichem Maße darauf ab, die Nutzung digitaler Technologien durch die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen zu unterstützen. Insbesondere werden mit dem Plan Maßnahmen eingeführt, die den Zugang zu Finanzmitteln, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, fördern und private und öffentliche Investitionen mit Blick auf die wirtschaftliche Erholung des Landes unterstützen. Der Plan sieht umfangreiche Reformen und Investitionen vor, damit Investitionen in Forschung und Innovation gefördert und effizienter und wirksamer gestaltet werden. Er enthält ambitionierte Ziele für die Bewältigung der Herausforderungen des Unternehmensumfelds und die Verbesserung der Effizienz des Justizsystems.

(23) Mit der Durchführung des Aufbau- und Resilienzplans Portugals dürften der ökologische und der digitale Wandel weiter gefördert werden. Der Betrag, der Maßnahmen zur Verwirklichung der Klimaschutzziele in Portugal zugewiesen wird, entspricht 37,9 % der Gesamtmittelausstattung des Plans, während die Maßnahmen zur Unterstützung der Ziele im Digitalbereich 22,1 % ausmachen. Die vollständige Durchführung des Aufbau- und Resilienzplans gemäß den einschlägigen Etappenzielen und Zielwerten wird Portugal dabei helfen, die Folgen der COVID-19-Krise rasch zu überwinden und gleichzeitig seine Resilienz zu stärken. Die systematische Einbeziehung der Sozialpartner und anderer einschlägiger Interessenträger ist für die erfolgreiche Durchführung des Aufbau- und Resilienzplans sowie anderer, nicht im Plan enthaltener wirtschafts- oder beschäftigungspolitischer Maßnahmen nach wie vor wichtig, da nur so ein umfassendes Engagement für das politische Gesamtkonzept gewährleistet werden kann.

(24) Portugal hat die Partnerschaftsvereinbarung[23] am 4. März 2022 vorgelegt, während die anderen kohäsionspolitischen Programmplanungsdokumente noch ausstehen. Entsprechend der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 wird Portugal die einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen bei der Programmplanung 2021–2027 der Kohäsionsfondsmittel berücksichtigen. Dies ist unabdingbar, um die Wirksamkeit der finanziellen Unterstützung aus den Kohäsionsfonds zu verbessern, ihren Mehrwert zu maximieren und dabei gleichzeitig die Koordinierung, Komplementarität und Kohärenz zwischen diesen Fonds und anderen Unionsinstrumenten und -mitteln zu fördern. Die erfolgreiche Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität und der kohäsionspolitischen Programme setzt zudem voraus, dass die Engpässe bei den Investitionen zur Förderung des ökologischen und des digitalen Wandels und der ausgewogenen territorialen Entwicklung beseitigt werden.

(25) Neben den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die mit dem Aufbau- und Resilienzplan angegangen werden, sieht sich Portugal mit einer Reihe zusätzlicher Herausforderungen konfrontiert, die die Kreislaufwirtschaft betreffen. Portugal liegt bei den Indikatoren für Kreislaufwirtschaft und Abfallbewirtschaftung weit unter dem EU-Durchschnitt. Die durchschnittliche Recyclingquote der Siedlungsabfälle ist

[23] Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik. (ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159).

niedrig und nimmt weiter ab, wobei es regionale Unterschiede gibt. Portugal hat das EU-Ziel, bis 2020 50 % der Siedlungsabfälle zu recyceln, verfehlt. Die Gesamtrecyclingquote lag 2019 bei 29 % und 2020 bei 26,5 % (vorläufige Daten) gegenüber einem EU-Durchschnitt von 48 %. Die Verwirklichung der EU-Ziele für das nächste Jahrzehnt, einschließlich des Erreichens einer Recyclingquote von 55 % bei Siedlungsabfällen bis 2025, wird erhebliche Anstrengungen erfordern. Es sind Verbesserungen erforderlich, um die Vermeidung, Verringerung, Trennung und Wiederverwendung sowie das Recycling von Abfällen zu verbessern und dadurch Abfälle von Deponien oder Verbrennungsanlagen wegzulenken, und um die Abfallrecycling- und -behandlungsanlagen zu modernisieren. Die Erhöhung von Deponie- und Verbrennungsgebühren, die Einführung einer Restabfall-Steuer und die Erhebung von Gebühren für Kommunen, die die Recyclingvorgaben nicht erreichen, sind gute Beispiele dafür, wie diese Ziele besser verwirklicht werden können. Darüber hinaus könnte der Prozess durch die Ausweitung der Abfalltrennung und die Weiterentwicklung von verursacherbezogenen Gebührensystemen beschleunigt werden.

(26) Im Anschluss an den Auftrag, den die Staats- und Regierungschefs der EU in der Erklärung von Versailles formuliert haben, wurde der REPowerEU-Plan aufgestellt, um die Abhängigkeit der Europäischen Union von Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland so bald wie möglich zu beenden. Zu diesem Zweck werden im Dialog mit den Mitgliedstaaten optimal geeignete Projekte, Investitionen und Reformen auf nationaler, regionaler und Unionsebene ermittelt. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen insgesamt zu verringern und fossile Brennstoffe zunehmend von anderen Exportländern als Russland zu beziehen.

(27) In Portugal ist der Anteil erneuerbarer Energien mit einem Drittel des Energiemixes hoch und es besteht keine starke Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland. Allerdings machen Öl und Gas (größtenteils Flüssigerdgas (LNG)) nach den Daten für 2020 mit 42 % bzw. 24 % weiterhin zwei Drittel der Primärenergieversorgung des Landes aus. Im Jahr 2021 wurde die Stromerzeugung aus Kohle eingestellt, doch der Gasverbrauch ist in den letzten Jahren stark gestiegen, was zum Teil auf die geringere Verfügbarkeit von Wasserkraft aufgrund von Dürren zurückzuführen ist. Mit nur 10 % Gaseinfuhren aus Russland liegt die Abhängigkeit Portugals deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 44 % da das Land in hohem Maß auf Flüssiggas setzt und weder Öl noch Kohle aus Russland einführt[24]. Allerdings importiert Portugal 100 % seines Bedarfs an fossilen Brennstoffen. Um diese Gesamtabhängigkeit von Einfuhren mithilfe der ehrgeizigeren Klimaschutzziele der EU mit Schwerpunkt auf erschwinglicherer, sichererer und nachhaltigerer Energie zu verringern, bedarf es in Portugal einer noch stärkeren Nutzung des Solar- und Windenergiepotenzials, einschließlich der Offshore-Energie, insbesondere durch die Straffung der Genehmigungsverfahren und die Stärkung der Verwaltungskapazitäten. Die Modernisierung der Stromübertragungs- und -verteilernetze, auch durch den Einsatz von Gleichstromtechnologien, sowie die Ermöglichung von Investitionen in die Stromspeicherung würden eine flexible und reaktionsschnelle Energieversorgung erlauben, die für den Betrieb eines Systems mit einem hohen Anteil erneuerbarer

[24] Eurostat (2020), Anteil der Einfuhren aus Russland an den Gesamteinfuhren von Erdgas, Rohöl und Steinkohle. Für den EU-27-Durchschnitt werden die Gesamteinfuhren der EU-27 aus Drittländern berücksichtigt. Für Portugal beinhalten die Gesamteinfuhren den Handel innerhalb der EU. „Rohöl“ beinhaltet keine raffinierten Erdölerzeugnisse.

Energien wesentlich ist. Die geringe Ausprägung des Stromverbunds mit Spanien (und letztlich mit Frankreich) stellt ebenfalls eine Herausforderung für die Resilienz des Stromsystems Portugals und der EU dar. Mehr grenzüberschreitende Stromleitungen könnten zu einer stärkeren Integration der iberischen Kapazitäten für erneuerbare Energie in den Energiebinnenmarkt beitragen. Um die Energieeffizienz von Gebäuden zu verbessern, würden geeignete Finanzierungssysteme, Sensibilisierungskampagnen und die Entwicklung grüner Kompetenzen die Wirksamkeit der Investitionsbemühungen erheblich steigern. Darüber hinaus muss der Verkehrssektor weiter dekarbonisiert werden, u. a. durch die Beschleunigung des Aufbaus der E-Ladeinfrastruktur und die Förderung wichtiger Projekte in den Bereichen Eisenbahn, Radfahren und öffentlicher Verkehr. Damit Portugal die Ziele des „Fit für 55"-Pakets erfüllt, müssen die Zielsetzungen im Hinblick auf die Verringerung der Treibhausgasemissionen sowie die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz noch ambitionierter gestaltet werden.

(28) Der beschleunigte Übergang zur Klimaneutralität mit der Abkehr von fossilen Brennstoffen wird zwar in einigen Sektoren erhebliche Restrukturierungskosten verursachen, doch kann Portugal im Rahmen der kohäsionspolitischen Programmplanung den Mechanismus für einen gerechten Übergang nutzen, um die sozioökonomischen Auswirkungen des Übergangs in den am meisten betroffenen Regionen zu verringern. Darüber hinaus kann Portugal den Europäischen Sozialfonds Plus nutzen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

(29) Vor dem Hintergrund der Bewertung der Kommission hat der Rat das Stabilitätsprogramm 2022 geprüft; seine Stellungnahme[25] hierzu spiegelt sich in der nachstehenden Empfehlung 1 wider.

(30) Angesichts der engen Verflechtungen zwischen den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und ihres kollektiven Beitrags zur Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion empfahl der Rat den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, unter anderem im Rahmen ihrer Aufbau- und Resilienzpläne Maßnahmen zu ergreifen, um die Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets umzusetzen. Für Portugal spiegelt sich dies insbesondere in den nachstehenden Empfehlungen 1 und 2 wider.

(31) Vor dem Hintergrund der eingehenden Überprüfung durch die Kommission und dieser Bewertung analysierte der Rat das nationale Reformprogramm 2022 und das Stabilitätsprogramm 2022. Seine Empfehlungen gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 spiegeln sich in den nachstehenden Empfehlungen 1, 2 und 4 wider. Die Empfehlungen 1 und 2 tragen auch zur Umsetzung der Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet, insbesondere der ersten und der vierten Euro-Währungsgebiet-Empfehlung, bei. Die in Empfehlung 1 genannten finanzpolitischen Maßnahmen tragen unter anderem dazu bei, die mit dem hohen öffentlichen Schuldenstand verbundenen Ungleichgewichte vor dem Hintergrund eines geringen Produktivitätswachstums anzugehen. Die in Empfehlung 2 genannten Maßnahmen tragen unter anderem zum Abbau der Staats-, Privat- und Auslandsverschuldung bei, da die vollständige Umsetzung des Aufbau- und Resilienzplans das Wachstum fördern und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft stärken wird. Die in

[25] Nach Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates.

Empfehlung 4 genannten Maßnahmen tragen unter anderem dazu bei, die längerfristig mit einer hohen Auslandsverschuldung verbundenen Schwachstellen anzugehen.

EMPFIEHLT, dass Portugal 2022 und 2023

1. im Jahr 2023 für eine vorsichtige Haushaltspolitik sorgt, insbesondere indem das Wachstum der national finanzierten laufenden Ausgaben unter dem mittelfristigen potenziellen Wirtschaftswachstum gehalten werden, unter Berücksichtigung der fortgesetzten befristeten und gezielten Unterstützung für die vom Energiepreisanstieg besonders betroffenen Haushalte und Unternehmen sowie die aus der Ukraine flüchtenden Menschen; sich bereit hält, die laufenden Ausgaben an die sich wandelnde Situation anzupassen; die öffentlichen Investitionen in den ökologischen und digitalen Wandel sowie die Energieversorgungssicherheit ausweitet, unter anderem durch Inanspruchnahme der Aufbau- und Resilienzfazilität, von REPowerEU und anderer EU-Mittel; mit Blick auf die Zeit nach 2023 eine Finanzpolitik verfolgt, die darauf abzielt, mittelfristig eine vorsichtige Haushaltslage zu erreichen und durch eine schrittweise Konsolidierung, Investitionen und Reformen einen glaubwürdigen und allmählichen Schuldenabbau und eine mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten; die Wirksamkeit der Steuer- und Sozialschutzsysteme verbessert, insbesondere durch die Vereinfachung beider Rahmen, die Steigerung der Effizienz der jeweiligen Verwaltungen und die Verringerung des entsprechenden Verwaltungsaufwands;

2. seinen Aufbau- und Resilienzplan gemäß den im Durchführungsbeschluss des Rates vom 13. Juli 2021 festgelegten Etappenzielen und Zielwerten weiter durchführt; die Programmunterlagen der Kohäsionspolitik für 2021–2027 übermittelt, um die Verhandlungen mit der Kommission abschließen und sodann mit ihrer Umsetzung beginnen zu können;

3. die Bedingungen für den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft verbessert, insbesondere durch die Verstärkung der Vermeidung, des Recyclings und der Wiederverwendung von Abfällen, um sie von Deponien oder Verbrennungsanlagen wegzulenken;

4. die allgemeine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert, auch im Verkehrssektor; den Einsatz erneuerbarer Energien durch die Modernisierung der Stromübertragungs- und -verteilernetze, die Ermöglichung von Investitionen in die Stromspeicherung und die Straffung der Genehmigungsverfahren beschleunigt, um die Weiterentwicklung der Windenergie, insbesondere der Offshore-Windenergie, und der Solarstromerzeugung zu ermöglichen; den Rahmen für Anreize für Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden stärkt; den Stromverbund ausbaut.

Geschehen zu Brüssel am […]

*Im Namen des Rates*
*Der Präsident*